

Schweiz sagt Ja zum Moratorium

Die kommerzielle Freisetzung von genveränderten Pflanzen ist zunächst für fünf Jahre verboten

Die Schweizer Bevölkerung hat Ende November mit 55,7 Prozent der Stimmen einem Volksbegehren zugestimmt, das ein fünfjähriges Moratorium für kommerzielle Freisetzung von genmanipulierten Pflanzen verlangt. Alle 26 Kantone stimmten zu – ein historischer Sieg. In der Geschichte der Schweiz wurden erst 15 Volksbegehren gewonnen, und meist nur sehr knapp.

Die deutliche Mehrheit in dieser Abstimmung ist umso erstaunlicher, als die Gegnerschaft groß war: Die gesamte Bundesregierung, das Parlament, alle bürgerlichen Parteien, die Industrie und ein Großteil der Wissenschaft bekämpften das Begehren. Die Regierung hielt ein Moratorium für „Gift für die Forschung“ und in Inseraten hieß es, das Begehren sei „unehrlich, schädlich, unnötig“.

Den Sieg machte eine breite Koalition möglich: Mit dabei waren Umweltverbände und der konservative Schweizer Bauernverband, die Schweizer Landfrauen und der Biolandbau, einige Unternehmer, eine Gruppe Forscher und viele mehr. Die breite Koalition hat auf Gemeindeebene eine große Dynamik ausgelöst, mit Hunderten von aktiven Gruppen, die mit viel Engagement und Witz für das Moratorium kämpften.

Hansjörg Walter, Präsident des Schweizer Bauernverbandes, ist froh über die Chance, die dieses Ja des Souveräns für die Schweizer Landwirtschaft bedeutet: „Mit der zunehmenden Marktöffnung werden gentechnische Zonen immer wichtiger.“

FLORIANNE KOECHLIN



Der Heimatort des schweizer Agrarministers erklärte sich zur gentechnikfreien Zone FOTO: HERBERT KARCH / SAG

Polnische pioniere

Visionen für die Landwirtschaft

Alleine der Anblick des Hofes zeigt: Hier werkeln keine Träumer, sondern Visionäre, die etwas von ihrem Geschäft verstehen. Das Holzhaus mit Gründach, Schilfdämmung, eigener Stromversorgung und geschlossenem Wasserkreislauf hat die Größe eines Herrensitzes. Die zugehörigen Ländereien zeigen, dass Wachstum und nachhaltiges Wirtschaften keine Gegensätze sein müssen. Willkommen in Skórzyn, willkommen in der Zukunft der polnischen Landwirtschaft.

Den Hof und das angegliederte Institut für angewandte Ökologie (Instytut Ekologii Stosowanej) haben Wojtek und Beata Halicki aufgebaut, unweit des kleinen Städtchen Krosno Odrzańskie, keine 50 Kilometer von der deutschen Grenze gelegen. Auch sonst sind der 39-jährige Umweltingenieur und die 33-jährige Germanistin Deutschland verbunden. Beide haben viele Jahre an der Hochschule Vechta wissenschaftlich gearbeitet, dort ist auch eines ihrer beiden Kinder geboren. Wojtek hat zudem in Deutschland habilitiert. Nach einem Zwischenstopp als Dozenten an der Universität von Zielona Góra gründeten beide 2002 das Institut in Skórzyn. „Die Herausforderung auf dem Land“, sagt Wojtek, „war mir wichtiger als die berufliche Sicherheit an der Uni.“

Das Institut für angewandte Ökologie ist eine private Forschungseinrichtung, die sich mit Gewässer-, Forst- und Agrarökologie beschäftigt. Die Hauptidee ist, die Theorie von nachhaltiger Regionalentwicklung und landwirtschaftlicher Praxis unter ei-

nen Hut zu bringen. „In Polen setzen immer mehr Bauern auf industrielle Landwirtschaft und EU-Beihilfen“, sagt Wojtek. „Es gibt noch viele kleine Höfe, die davon leben, ihre Milch oder ihr Getreide bei der Genossenschaft zu verkaufen – dabei erzielen sie aber immer niedrigere Preise.“ Wojtek, Beata und ihre sechs Mitarbeiter wollen dagegen einen dritten Weg gehen, wollen zeigen, dass sich Ökoanbau und Streuobstwiesen rentieren.

Auf einem Rundgang über die 270 Hektar großen Felder, Wiesen und Wälder des Instituts finden sich zum Beispiel Obstbäume, die nach einem Jahr auf resistente Stämme aufgepfropft werden, oder Gemüseplantagen, in denen verschiedene Sorten auf Böden unterschiedlicher Qualität gezogen werden. Wojtek versucht alte Sorten anzubauen, um die genetische Vielfalt zu erhalten. Von gentechnisch manipuliertem Saatgut hält er nichts – wie die meisten polnischen Bauern.

Die Suche nach neuen Wegen macht sich inzwischen bezahlt. Die Technologie der Biokläranlage, die Wojtek auf dem Hof in Skórzyn erprobt hat, wurde bereits an über 1.000 polnische Bauernhöfe und zahlreiche Gemeinden verkauft.

Manchmal aber schlägt ihnen die Natur doch ein Schnippchen, erzählt Beata, nämlich „wenn wir am Rechner sitzen und unsere Solaranlage und das Windrad nicht mehr genügend Strom liefern“. In einem ist sie sich aber sicher: „Für das Länderspiel Polen-Deutschland bei der WM wird der Strom reichen.“

UWERADA

www.ies.zgora.pl

Italien gegen die Gewalt der Globalisierung

In Italien besinnen sich Bauern, Verbraucher und Unternehmer auf eine eigene Identität

Zahlen sind deutlicher als Worte, wenn es um die Meinung der Italiener zur Gentechnik in der Landwirtschaft geht. Bisher haben sich 15 der 20 Regionen des Landes und 2.307 von 8.106 lokalen Kommunen dazu entschlossen, gentechnisch veränderte Organismen abzulehnen. Die Anhänger gentechnikfreier Zonen sind regional verwurzelt und effektiv. Ihre politische Glaubwürdigkeit fußt auf der Ablehnung des gentechnischen Modells der Landwirtschaft und der Nahrungsmittelherstellung als wissenschaftlich unsicher, sozial unakzeptiert und ökonomisch kontraproduktiv.

Was verbirgt sich hinter einem politisch so ungewöhnlichen Bündnis, das weit über die wichtigsten Umwelt-, Konsumenten- und Bioanbauverbände hinausreicht? Das ökonomische Giganten einschließt, wie Coop Italia, Italiens größte Supermarktkette mit mehr als 5 Millionen Mitgliedern? Dem auch Eu-

ropas größte Bauerngewerkschaft Coldiretti angehört, oder der italienische Bauernverband? Und was bringt überzeugte Parteien und Abgeordnete von links bis rechts außen dazu, dieses Bündnis und seine gesetzgeberischen Ziele zu unterstützen?

Zum einen der menschliche Faktor. Zunächst von einer kleinen Gruppe von Umweltschützern, Agrarunternehmern und Gewerkschaften in die Öffentlichkeit getragen, die das neue gentechnische Paradigma mit unbekanntem Auswirkungen in Angriff nahmen.

Der sozioökonomische Faktor überzeugte Landwirte, Agrar- und Nahrungsmittelfirmen schnell davon, dass eine gemeinsame „Identität“ notwendig sei, um den Wettbewerb in der weit vorangeschrittenen Globalisierung mit einer qualitativ gestützten Entwicklung und einem sozialen Verhältnis zwischen Produzenten und Konsumenten zu bestehen.

Des Weiteren gibt es den demokratischen Faktor. Soziologen beschreiben das Bündnis für gentechnikfreie Zonen als die fortschrittlichste soziale Reaktion auf die Ungleichheit und ökonomische Gewalt der Globalisierung. Es stelle ein neues Modell der Selbstverwaltung und die Wiederherstellung von Beziehungen zwischen sozialen Bedürfnissen und der Politik dar.

Das Bündnis hat die politische Tagesordnung auf eine Weise beeinflusst, die selbst seine eigenen Mitglieder überraschte. Das Resultat: von 285 gentechnischen Freilandversuchen im Jahre 1998 existieren heute nur noch elf. Monsanto wurde bis jetzt von der Öffentlichkeit und der Wachsamkeit der Behörden gestoppt – trotz unzähliger Versuche die Saatgutindustrie zu verunreinigen. Das Bündnis begrüßt dagegen die öffentlichen Kontrollbehörden als Partner für ein nachhaltiges und qualitativ gestütztes Modell der Produkti-

on „vom Feld auf den Tisch“.

Das „Fallbeispiel Italien“ wirkt zugleich konventionellem Denken und traditionellen ökologischen Kämpfen entgegen. In diesem Fall werden Rechte der „dritten und vierten Generation“ – ökologische Rechte, Recht auf nachhaltigen Konsum, genetische Rechte – von einer Mehrheit der Öffentlichkeit diskutiert und unterstützt.

Technologische Innovationen sind kein Dogma und werden nur akzeptiert, wenn sie von einem sozialen Konsens getragen werden. Nachhaltige Produktion und Konsum bieten ein Modell gemeinsamer Innovation mittels lokaler Identität und einer unverwechselbaren Vielfalt, weit weg von monotonen Produktionsmodellen wie der Gentechnik.

IVAN VERGA

Der Autor ist Geschäftsführer des „Consiglio dei Diritti Genetici“ (Genetics Rights Council).
www.consigliodirittigenetici.org

Schutz für Kleinbauern

14 von 16 Woiwodschaften sind gentechnikfrei

Die Internationale Koalition zum Schutze des polnischen Landlebens ICPPC setzt sich seit Jahren für die Anliegen der rund 1,5 Millionen polnischen Kleinbauern ein. Ihr Ziel ist, umweltfreundliche, traditionsbewusste Landwirtschaft und selbstgenügsame Lebensführung auch über Polens Grenzen hinaus zu fördern. Seit eineinhalb Jahren gehört sie zu den treibenden Kräften der polnischen Bewegung gegen Gentechnik.

Mit dem Beitritt zur Europäischen Union im Mai 2004 dringen gentechnisch veränderte Organismen (GVO) auch auf polnische Äcker und Märkte vor. Die ICPPC wandte sich zuerst direkt an die regionalen Entscheidungsträger, um dann auch landesweit auf die Gefahren durch gentechnisch veränderte Pflanzen aufmerksam zu machen. Ihrem erklärten Ziel, ganz Polen zur „GVO-freien Zone“ zu machen, ist sie schon recht nahe gekommen: 14 der insgesamt 16

polnischen Verwaltungsbezirke haben verlangt, offiziell als „GVO-frei“ anerkannt zu werden.

Nach Ansicht der ICPPC ist eine Koexistenz von gentechnischer und gentechnikfreier Landwirtschaft nicht möglich. Deshalb hat sie sich mit zahlreichen Organisationen anderer europäischer Staaten zusammengeschlossen, um für einen zehnjährigen EU-weiten Anbau-stopp von gentechnisch veränderten Pflanzen einzutreten. Für die ICPPC ist der Erhalt von kleinen Betrieben, die Nutzung alternativer Energiequellen und die direkte Verarbeitung von Agrarprodukten auf dem Hof der beste Weg, auch unter dem Druck von WTO und EU einen eigenständigen Lebensstil zu erhalten.

JADWIGA LOPATA / JULIAN ROSE

International Coalition to Protect the Polish Countryside (ICPPC)
www.icppc.pl

DIE REGION IST GENTECHNIKFREI, UM DIE QUALITÄT UNSERER PRODUKTE ZU SCHÜTZEN



CATHERINE FOURMOND
Centre (Frankreich)
Regionalrat, Ärztin

Patente auf Leben sollten untersagt werden, z. B. das des indischen Margousin und der mexikanischen gelben Bohne. Die Kontamination durch GVOs bedeutet das Ende der traditionellen, kleinbäuerlichen Landwirtschaft.



MICHAELA PETZ
Salzburg (Österreich)
Leiterin des EU-Büros in Brüssel

Gentechnikfrei bleiben bedeutet, die hochwertige Qualität der Salzburger Landwirtschaft und Lebensmittel sicherzustellen. Über 90% der Salzburger Bürgerinnen und Bürger sprechen sich gegen GVO aus. Seit Oktober 2004 hat Salzburg sein eigenes Gentechnik-Vorsorgegesetz.



MARIA GRAZIA MAMMUCCHINI
Toskana (Italien)
Abteilungsleiterin Ländliche Entwicklung und Innovation

Die Toskana ist GVO-frei, um landwirtschaftliche Produzenten zu verteidigen, die in biologische Produktionsweisen investiert

haben, und gleichzeitig die Konsumenten zu verteidigen und dem Vorsorgeprinzip zu folgen. Das bedeutet, die Identität der eigenen Landwirtschaft und Ernährung zu verteidigen. GVOs würden lokale Produkte zerstören.



JACQUES COCHY
Pays de la Loire (Frankreich)
Mitglied im Regionalrat, Landwirt

Unsere Region ist gentechnikfrei, um die Qualität unserer ökologisch produzierten und gekennzeichneten Produkte zu schützen, dem Vorsorgeprinzip Rechnung zu tragen und somit die Erwartungen der Konsumenten zu erfüllen. Wir fördern Aktivitäten mit anderen Regionen, so dass gesetzliche Regelungen die freie Wahl des landwirtschaftlichen Systems sichern. Weiterhin unterstützen wir Forschung und internationale Kooperation.